

Er scheint täglich  
sonntags mit Ausnahme der  
Sommer- und Feiertage.

Abonnementpreis  
monatlich 50 P., 1/2 jährlich 1.50 P.  
vierteljährlich 3.00 P. Durch  
die Post bezogen 1.35 P.

„Die Neue Welt“  
Güterhaltungsbeilage, durch  
die Post nicht bezahbar, kostet  
monatlich 10 P., 1/2 jährlich 30 P.

# Volksblatt

Inserionsgebühren  
betragt für die Hauptspalten  
Beizelle oder deren Raum  
15 P. für 10 Zeilen  
Beizelle und Veranlagung  
ausgleich 10 P.  
Im verhältnisslosen Teile  
kostet die Zeile 50 P.

Preise für die fällige  
Nummer müssen spätestens  
am 10. d. M. vor dem  
Erscheinungstage an den  
Verleger in die Post  
eingetragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 7566.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißfels-Beitz,  
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telefon-Nr. 1047 Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleaale. Telefon-Nr. 1047.

Nr. 238

Halle a. S., Dienstag den 12. Oktober 1897.

8. Jahrg.

## Der Hamburger Beschluß über die Beteiligung an den Landtagswahlen.

Mit 160 gegen 50 Stimmen hat der Hamburger Parteitag in namentlicher Abstimmung am Sonnabend mittig den Kölner Beschluß aufgehoben, der die Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen verbot. Mit 147 gegen 63 Stimmen entschied sich ferner der Parteitag in einer zweiten namentlichen Abstimmung dafür, daß nicht nur die preussischen sondern alle Delegierten bei den weiteren die Wahlbeteiligung betreffenden Fragen abstimmen sollen. Rühmlich wurde durch Handzettel über die zahlreichen Amendements abgestimmt, welche zur Beheben Resolution eingegangen waren.

Gewisser Oberfeld hatte beantragt, der Sach, die Beteiligung sei überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen, solle dahin abgeändert werden, daß es am Schlusse heiße, wo die Verhältnisse eine solche ratum erscheinen lassen. Dieses Amendement fand keine Annahme.

Auch zum nächsten Punkte der Beheben Resolution lag ein Zusatzantrag vor. Beheben Resolution lautete im zweiten Punkte:

Zwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.

Ein Antrag Mittag-Beitz verlangte die Hinzufügung der Worte: „Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden“. Alle weiteren Punkte der Beheben Resolution seien zu streichen. Der Parteitag nahm den Mittaglichen Antrag in beiden Teilen an, und eine dritte namentliche Abstimmung hatte das Ergebnis, daß mit 145 gegen 64 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die so veränderte Beheben Resolution zur Annahme gelangte. Die Resolution lautet nun:

Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. Zwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.

Das ist somit die Richtschnur geworden, nach der die preussischen Parteigenossen bei den nächsten Landtagswahlen zu handeln haben. Der in Wegfall kommende Teil der Beheben Resolution lautet:

3. Beziehen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbeteiligung, so kommen für diese folgende Gesichtspunkte in Betracht:

- a) ist die Wahl eigener Wahlmänner unmöglich, und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu beteiligen, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben;
- b) ist die Aufstellung eigener Wahlmänner unmöglich und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu beteiligen, so ist die Wahl von Wahlmännern, die einer bürgerlichen Oppositionspartei angehören, gestattet;
4. Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:
  - a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag, für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelnen weiter zu fördern oder zu beteiligen;
  - b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben.
5. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesamtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe.

Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, die Zustimmung des Parteivorstandes zu ihren Abmachungen mit anderen Parteien einzuholen.

Es ist zu bemerken, daß dieser Teil der Beheben Resolution in Wegfall gekommen ist. Wir können auch nicht der Meinung sein, daß er durch Annahme des Mittaglichen Amendements erledigt gefunden habe, namentlich in einem dritten und fünften Punkte. So wir besapnen, daß Mittagliche Amendements entweder die vollstämige Wahlbeteiligung unmöglich machen oder im Wahlkampfe unbrauchbar bleiben wird. Wahrscheinlich wird der letztere Fall eintreten. Denn gleich nach der Abstimmung wurde aus dem Munde der Delegierten die Frage laut, wie man sich denn nun bei den Stichwahlen — und bei den Landtagswahlen werden für uns nur die Stichwahlen in Betracht kommen — zu verhalten habe. Singer erklärte darauf, daß dann die bei den Reichstagsstichwahlen gelübte Praxis in Kraft trete, daß nämlich die sozialdemokratischen Wahlmänner bei Stichwahlen von zwei Uebeln das kleinere wählen werden. Was bleibt aber dann von der Bestimmung, daß Kompromisse mit anderen Parteien nicht

abgeschlossen werden dürfen, übrig? Welchen Zweck, welchen Wert hat sie dann noch? Gar keinen; sie ist hinfällig, ja direkt schädlich. Wir halten es für keinen Ratseil, daß Punkt 3b gefallen ist, welcher erlauben wollte, daß unsere Genossen in Ermangelung eigener Wahlmänner von vornherein für die Wahlmänner bürgerlicher Oppositionsparteien sollten stimmen dürfen. Aber die Bestimmungen unter 4 und 5 mußten aufrecht erhalten bleiben, sie bilden die Ringe zum Messerhieb der Wahlbeteiligung. Und was hat das Ausstellen von Mindestforderungen, die von den bürgerlichen Kandidaten zugestanden werden müssen, wenn unsere Genossen für sie eintreten sollen, mit „Kompromissen und Bündnissen“ zu thun? Der zweite Teil des Mittaglichen Amendements, daß also die weiteren Punkte der Beheben Resolution zu streichen seien, hat uns in gemäßigtem Sinne den bürgerlichen Oppositionsparteien mehr als ausgeliefert. Nun wird das Eintreten, was von unsen Freunden, die gegen die Wahlbeteiligung sich ausdrücken, hervorgehoben wurde, daß nämlich die bürgerlichen Parteien, für die wir bei den Stichwahlen eintreten wollen und von denen wir gewisse Zusicherungen verlangen, uns antworten werden: Was wollt Ihr denn? Eure Parole ist doch der Kampf gegen das Junkertum! Ihr müßt uns deshalb ohne Widerrede und bedingungslos Eure Stimmen aufstellen lassen, sonst werdet Ihr dem Hauptzweck Eurer Wahlbeteiligung untreu!

Wenn wir diese spöttische Antwort erhalten, müssen wir sie uns nach Annahme des Mittaglichen Amendements ruhig gefallen lassen. Wir müssen aber gute Miene zum bösen Spiele machen und haben nur die Wahl, entweder bedingungslos für das „kleinere Uebel“ zu stimmen oder uns der Abstimmung bei den Stichwahlen zu enthalten. Hierdurch aber würde ein wesentlicher Zweck der Wahlbeteiligung aufgegeben.

Wie viel sicherer und klarer wäre unsere Stellung, wenn wir vor den Stichwahlen zu dem oppositionellen bürgerlichen Kandidaten sagen könnten: Du sollst unsere Stimmen haben. Aber Du mußt versprechen, im Landtage für Beteiligung der Klassenwahl einzutreten, ferner mußt Du alle Maßnahmen bekämpfen, durch welche die Volkswerte geschmälert oder beseitigt werden sollen u. s. w. Verpflichtet Du uns das nicht, so können wir Dir laut Parteitagbeschlusse unsere Stimmen nicht geben, und Du mußt zusehen, wie Du in der Stichwahl ohne uns mit Deinem Gegner fertig wirst. Da Du uns die Minimalforderungen nicht zugestehst, dist Du für uns nicht mehr das „kleinere Uebel“ sondern ein Uebel genau so groß wie Dein Gegner.

Wir würden, wie gesagt, eine wesentlich klarere und gesichertere Stellung einnehmen, wenn wir so reden könnten. Das ist durch das Mittagliche Amendement und durch Annahme desselben vereitelt worden.

Aber noch mehr! Durch Annahme des Amendements hat sich der Parteitag in einem gewissen Widerspruch zu sich selbst gesetzt. Da nämlich die Annahme des Amendements zur Folge haben soll, daß bei Landtagsstichwahlen unsere Genossen sich so zu verhalten haben, wie bei Reichstagsstichwahlen, kommt in Betracht, daß der Parteitag am Mittwoch beschloß, im Hinblick auf Reichstagsstichwahlen nur solchen bürgerlichen Kandidaten die Stimme zu geben, die das Eintreten für gewisse Mindestforderungen geloben. (Siehe Nr. 234 des Volksbl. 1. Seite, 3 Spalte.) Also für die Reichstagsstichwahlen hat man endlich eine bestimmte Direktive gegeben und bei den Landtagswahlen soll die regellose und bedingungslose Zustimmung unserer Stimmen ihren Anfang nehmen. Das ist zweifellos ein ganz auffälliger Widerspruch. Bebel und viele andere Delegierte waren durch Annahme des Mittaglichen Amendements in eine sehr unbehagliche Lage gekommen. Stimmen sie gegen die neue Fassung der Resolution, so wäre diese gefallen, und der Parteitag ist wieder da, von wo er ausgegangen war.

Es ist notwendig, die ible Lage klar zu charakterisieren, in die wir durch Stellung und Annahme des Mittaglichen Amendements geraten sind. Offenheit finden die Landtagswahlen erst nach dem nächstjährigen Parteitag statt. Für diesen Fall ist noch Gelegenheit, wieder aus der Sadlage zu kommen. Fallen jedoch die Landtagswahlen früher, nun, so wird der gelübte Sinn der sozialdemokratischen Wähler, wie so manches Mal schon von selbst den richtigen Weg aufzuweisen, der zu gehen ist. Und dieser Weg ist der im Punkt 4 der Beheben Resolution angedeutete: Aufstellung von Mindestforderungen, ohne deren Zufriedenheit der bürgerliche Oppositionskandidat keine sozialdemokratische Wahlmannstimme erhält.

## Sozialdemokratischer Parteitag in Hamburg.

Hamburg, 9. Oktober 1897.  
Letzter Verhandlungstag.  
Singer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr und überleitet zur

Stimmung über die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Er schlägt folgenden Wortlaut dabei vor: Entweder handelt es sich um die Beteiligung dreier großer Gesichtspunkte, die sich zu den drei Fragen verbinden.

1. ob die Aufhebung oder Beibehaltung des Kölner Beschlusses erfolgen soll.
2. ob die Delegierten der Gesamtpartei oder der preussischen Partei über die Frage der Beteiligung an den preussischen Wahlen zu entscheiden haben.
3. In welcher Art eventuell eine Beteiligung stattfindend hat. Wird über die erste Frage mit Nein entschieden, so sind alle übrigen Fragen erledigt. Erfolgt die Entscheidung mit Ja, so wird über die zweite Frage ebenfalls namentlich abgemittelt. Entschieden der Parteitag, daß die Entscheidung bei den preussischen Delegierten liegt, so hat sich der Parteitag mit der dritten Frage nicht mehr zu befassen. Entschieden er im entgegengelegten Sinne, so wird zunächst über die einzelnen Sätze der Resolution Bebel und Abstimmung entschieden.

Ein Vorschlag Jan's Berlin, daß sich die Mitglieder der Reichstagsfraktion der Abstimmung enthalten sollten, wird abgelehnt.

Der Kölner Beschluß wird nunmehr in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 50 Stimmen aufgehoben.

Mit 147 gegen 63 Stimmen wird die Entscheidung über die Beteiligung der Gesamtpartei vorgebracht.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über die Resolution Bebel. Zunächst wird über die einzelnen Sätze derselben und die Amendements zu denselben namentlich abgemittelt. Zu dem ersten Satz der Resolution Bebel: Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen — liegt das Amendement Beheben vor, statt „ermöglichen“ einzusetzen. „ratum“ einzufügen u. s. w. Dieses wird abgelehnt.

Zu dem zweiten Satz der Resolution Bebel: Zwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse — liegt ein Amendement Mittag-Beitz vor, das die Worte: „Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“ — dieses Amendement wird angenommen. Damit ist beschlossen, daß alle übrigen Punkte der Resolution Bebel erledigt sind.

Der Parteitag hat sich nunmehr über den ersten Satz des Antrags Mittag-Beitz geäußert. Aber damit hindert die Punkte 3-5 nicht erledigt. Ja hätte es nicht für ein Kompromiß, daß man gemeinsam mit anderen die Juxter niedertritt. (Beifalls Zustimmung.)

Bebel: Ich bin derselben Ansicht wie Wollenburg, daß also die Parteigenossen bei den nächsten Landtagswahlen, daß also die Parteigenossen von vornherein für liberale Wahlmänner stimmen, wo sie keine eigenen aufstellen können. (Beifalls Beifall.) Die Resolution Bebel hat nunmehr folgenden Wortlaut:

1. Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche ermöglichen.
2. Zwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Kreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.

Diese Resolution wird in namentlicher Abstimmung angenommen. Bei einer Wahlenthaltung stimmen von 203 Parteigenossen 145 mit „Ja“ und 64 mit „Nein“.

Es folgt die Beratung des Punktes der Tagesordnung „Organisation“ (Körner's Antrag). Der Antrag Braunhainig: Der Parteitag wählt den Chefredakteur des Zentralorgans, setzt die Höhe seines Gehaltes fest und erteilt diesem das ausschließliche Recht, die anderen Mitglieder der Redaktion, sowie die Mitarbeiter anzuwählen und die Höhe ihres Honorars zu bestimmen. Kein Mitglied der Parteileitung darf Mitglied der Redaktion des Zentralorgans sein findet nicht genügend den Unterhändler. Da gegen wird der Antrag „Samliche Wahlrechte“ niedermindestens 10 Proz. der Stimme an die Parteileitung abzugeben angenommen.

Der Referent Auer beantwortet den Antrag, die Parteileitung, die provisorisch in Hamburg war, wieder definitiv nach Berlin zu verlegen. Der von Herrn v. Köller eingeleitete Prozeß wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz habe das Provisorium übrig gemacht. Nachdem der Vorschlag des Schlags ins Wasser gefallen ist, empfiehlt sich die Verbeibehaltung des alten Zustandes. Berlin ist die politische Zentrale, die Parteileitung gebore dort. Die Partei werde die Parteileitung öffentlich in Ruhe lassen und sich nicht zum zum weiteren Hinlegen. Der Antrag auf Abtragung der 10 Proz. empfiehlt er, wenn er auch nicht, daß der Antrag nicht immer im Wortlaut ausgeführt werden wird. Aber den Sinn des Antrags, die Zentrale mehr wie bisher zu unterstützen, halte er für sehr lobenswert.

Der Referent Auer beantwortet den Antrag, die Parteileitung, die provisorisch in Hamburg war, wieder definitiv nach Berlin zu verlegen. Der von Herrn v. Köller eingeleitete Prozeß wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz habe das Provisorium übrig gemacht. Nachdem der Vorschlag des Schlags ins Wasser gefallen ist, empfiehlt sich die Verbeibehaltung des alten Zustandes. Berlin ist die politische Zentrale, die Parteileitung gebore dort. Die Partei werde die Parteileitung öffentlich in Ruhe lassen und sich nicht zum zum weiteren Hinlegen. Der Antrag auf Abtragung der 10 Proz. empfiehlt er, wenn er auch nicht, daß der Antrag nicht immer im Wortlaut ausgeführt werden wird. Aber den Sinn des Antrags, die Zentrale mehr wie bisher zu unterstützen, halte er für sehr lobenswert.

Der Referent Auer beantwortet den Antrag, die Parteileitung, die provisorisch in Hamburg war, wieder definitiv nach Berlin zu verlegen. Der von Herrn v. Köller eingeleitete Prozeß wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz habe das Provisorium übrig gemacht. Nachdem der Vorschlag des Schlags ins Wasser gefallen ist, empfiehlt sich die Verbeibehaltung des alten Zustandes. Berlin ist die politische Zentrale, die Parteileitung gebore dort. Die Partei werde die Parteileitung öffentlich in Ruhe lassen und sich nicht zum zum weiteren Hinlegen. Der Antrag auf Abtragung der 10 Proz. empfiehlt er, wenn er auch nicht, daß der Antrag nicht immer im Wortlaut ausgeführt werden wird. Aber den Sinn des Antrags, die Zentrale mehr wie bisher zu unterstützen, halte er für sehr lobenswert.

Der Referent Auer beantwortet den Antrag, die Parteileitung, die provisorisch in Hamburg war, wieder definitiv nach Berlin zu verlegen. Der von Herrn v. Köller eingeleitete Prozeß wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz habe das Provisorium übrig gemacht. Nachdem der Vorschlag des Schlags ins Wasser gefallen ist, empfiehlt sich die Verbeibehaltung des alten Zustandes. Berlin ist die politische Zentrale, die Parteileitung gebore dort. Die Partei werde die Parteileitung öffentlich in Ruhe lassen und sich nicht zum zum weiteren Hinlegen. Der Antrag auf Abtragung der 10 Proz. empfiehlt er, wenn er auch nicht, daß der Antrag nicht immer im Wortlaut ausgeführt werden wird. Aber den Sinn des Antrags, die Zentrale mehr wie bisher zu unterstützen, halte er für sehr lobenswert.







## Zie werden kommen, die so unigen Tage.

Sie werden kommen, die sonnigen Tage,  
Wo jeder Schatten des Hasses weicht,  
Wo aus der alten verfallenen Klage  
Steghaft der Jubel der Liebe sich hebt.  
Wenn aus der Selbstlicht verlodern Brande  
Schlachten rein die Erkenntnis sich ringt,  
Und alle Wälder und alle Wälder  
Einend das Band der Versöhnung umschlingt.  
Mag auch das Dunkel im Mann noch wackeln,  
Trübt auch der Wahn noch den forschenden Blick:  
Herrlich schon sind wir der finstern Gewalten,  
Höhenwärts lenkend der Menschheit Gesicht.  
Höhenwärts, sonnenwärts! weiter und weiter —  
Wie wir auch bluten im heiligen Krieg,  
Lasset vom Kampf nicht im Sänger und Streiter,  
Bis wir errungen den ewigen Sieg!

Große Gefühle und große Gedanken  
Singen der Menschheit ins schwelende Herz,  
Schlagen in Schreden die Schlachten und Schranken,  
Graben das Wohl aus dem gleichenden Graß!  
Wenn auch die Ketten der Reichthümlich noch klirren,  
Wirtel, und Wagnet, und ringet auch frei;  
Laut in der Gegenwart Freyen und Wirren  
Singen und lagert vom finstern Mat.

Ob wir auch fallen wie Salme im Nebel,  
Ob wir auch fallen wie Salme im Nebel,  
Wir werden uns hin wird der Frühling einig gehen,  
Den wir, voll Hoffnung, verstanden im Lieb.  
Freiere Herzen mit höherem Schlage  
Formen dann selbst sich die Bahn des Geschicks —  
Sie werden kommen, die sonnigen Tage,  
Die Tage der Wälder, die Tage des Glücks!

## Eine kleine Partei.

Eine kleine, aber mächtige Partei, so nannte in einer be-  
rühmt gemordenen Streitschrift Wagner, der bekannte  
Publizist der konservativen Partei nach dem Tode Stahls,  
seine Partei. Wieder hat sich eine kleine Partei zusammen-  
gefaßt, und wenn man ihre Namen nach dem Maßstabe der  
bürgerlichen Gesellschaft messen würde, müßte man annehmen,  
daß es auch eine mächtige Partei werden würde; gehören  
doch frühere preussische Minister und ehemalige höchste Reichs-  
beamte, Chefs großer industrieller Unternehmungen und  
einer Handelsfirma z. B. der „Gesellschaft mit beschränkter  
Haftung“ an, in welcher modernsten, kommerziellen Gestalt  
— auch ein Zeichen der Zeit — sich die neue Partei, die  
übrigens diesen Namen verwirft, zusammengelunden hat.

Seit heute befindet sich die Gruppe Verelsh-Kottenburg, Rade-  
beul z. z. auch eine Wochenschrift. Die Soziale  
Partei, Zentralblatt für Sozialpolitik, ist nun Organ der  
Richtung Verelsh und Genossen geworden. Bei der ver-  
hältnismäßig starken Verbreitung dieser Zeitschrift in unsern  
Kreisen sei auch ein Wort über das Schicksal dieser Wochenschrift  
geleitet. Gegründet als Sozialpolitisches Zentralsblatt  
1892 von Heinrich Braun, als wissenschaftliches  
Organ für die Fortführung der Sozialpolitik und für die  
Verbreitung sozialpolitischer Erkenntnisse, hat es sich große  
Verdienste um diese Aufgabe erworben, hat auch Einfluß ge-  
habt, aber stets nur durch das Gewicht der vorgebrachten  
Gründe, nicht durch das, was heute ausschlaggebend wirkt,  
durch die Gruppe, Richtung oder Partei, welche den aus-  
gesprochenen Standpunkt teilt. Dem Blatt, das weit mehr  
Nutzen erntete, als Verbreitung gewann, erstand in den  
Blättern für soziale Prozesse, einem vom Frankfurter „Anftritt  
für Gemeinwohl“ gegründeten und zuerst von Dr. Brückner,  
nachher von Dr. J. Jastrow dirigierten Blatte eine Konkurrenz,  
die zur Verschmelzung beider Blätter und alleiniger  
Uebnahme des Blattes durch Dr. Jastrow führte, der in  
politischen Kreisen durch seine Schriften: „Sozialliberal“ und  
„Das Dreifaltigkeitssystem, die preussische Wahlreform vom  
Standpunkte sozialer Politik“ bekannt wurde. Auch der  
zweite Herausgeber, der unseren Standpunkt ferner stand,  
als Heinrich Braun, der Begründer des sozialpolitischen  
Zentralblattes, wußte die Soziale Partei auf der Höhe zu  
erhalten. Aus eigenen Mitteln, lediglich durch die Beiträge  
der Abonnenten, konnten aber weder das Sozialpolitische  
Zentralblatt noch die Soziale Partei sich erhalten und des-  
halb war es so leicht möglich, daß aus der Krise für sie  
jeden, der für soziale Fragen im Sinne einer Weiterent-  
wicklung wirken wollte, ein Partei-Organ mit bestimmter  
Richtung und festen Zielen wackelt.

Die Soziale Partei mag auf die Dauer fünfzigsten den  
Lesern weniger bieten als bisher; nun, wer nicht den Ver-  
dacht auf sich laden will, persönlich voreingenommen zu sein,  
wird sich das Urteil hierüber vorbehalten, bis die Zeitungen  
der neuen Redaktion beurteilt werden können.

Aber eines heute schon: Die Soziale Partei als Organ  
einer Gruppe mit einem bestimmten sozialpolitischen Pro-  
gramm, mit Zielen hinter sich, die eine politische Geschichte  
aufweisen können, ist ein Organ, dessen Äußerungen in  
politischen Leben stärkere Wirkungen erzielen können, als ein  
Blatt, geleitet von einem Privatgelehrten, der in seinen  
Schriften bemerkt hat, daß er ein Eingänger, wenn auch  
ein Mann von Kenntnissen, Fleiß und Begabung ist.

Das Interesse für die Soziale Partei muß aber zurück-  
treten gegenüber der Beurteilung der fünfzigsten Tätigkeit  
der Männer, die jetzt hinter der Blatte stehen.

In einem stimmen sie überein: mit der Grundanschauung  
des letzten Herausgebers, sie stehen nicht auf unserem  
Standpunkte, dem des Klassenkampfes, sie streben auf  
dem Boden des nationalen Staates und im Rahmen der  
bestehenden Gesellschaftsordnung — den „sozialen Frieden“ an,  
sie geben sich höchst forderbaren Missionen über die Kreise  
hin, wo Bildung und Fleiß erste Pflichten gegen die breiten  
Massen auflegen.“ Sie sind der Meinung, — eine ent-  
scheidende aber nicht eine zehnteilige oder fünfteilige Auffassung —  
daß „die Führung der Arbeiterklasse, die um ihrer selbst  
willen und aus Gründen der Staatsnotwendigkeit zu er-  
streben ist, auch im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts

liegt. Die Industrie, die zu immer leistungsfähigeren, aber  
auch immer verwickelteren Formen aufsteigt, bedarf zu ihrem  
Gedeihen hochgehende, gut genährte, intelligente Arbeiter.  
Andererseits ist sie dann auch ein bester, intelligenter Arbeiter.  
Wohne, kürzere Arbeitszeiten, bessere Arbeitsräume zu ge-  
währen. Das gewerbliche Mittel und soziale Reformen wohl  
vereinbar sind, ja sich gegenseitig bedingend, beweist schon die  
Thatfache, daß im Wettbewerb auf dem Weltmarkt die  
Völker mit hoher Lebensfähigkeit der Arbeiter, vordringen.“

Hier zeigt sich der Gehaltene Ernst Frankes, des nun-  
mehrigen Herausgebers, der als gereifter Mann Schüler von  
Lujo Brentano wurde.

Wichtig ist noch die folgende programmatische Stelle  
seines Einführungsartikels „Aufgaben und Ziele“ der So-  
zialen Partei:

„Als oberste Norm aber muß jederzeit bestehen bleiben die  
Forderung, daß kein Geschäftszweck verlangen darf, sich auf  
Kosten von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit seiner Arbeiter  
zu erwidern; diese zu schützen hat der Staat die unabwägbare  
Pflicht.“

Dann wird unserer Meinung nach die prinzipielle wie prakti-  
sche Bedeutung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar  
1890, die „zur Erinnerung“ auch besonders abgedruckt  
werden, übersehen.

Die Soziale Partei soll fünfzigsten das Mittel zur so-  
zialen Harmonie werden.

Man sieht, wie viel uns trennt vom Standpunkte der  
bloßen sozialen Reform, welche nicht die Grundlagen ver-  
wirft, auf denen die heutige Wirtschaftsordnung aufgebaut  
ist, auch wenn diese soziale Reform noch so kritisch den  
herrschenden Klassen gegenübersteht, noch so entschieden auf-  
tritt, noch so sehr in Einzelheiten mit unseren Bestrebungen  
übereinstimmt.

Und das kann von einsichtigen, ruhigen Beurteilern nicht  
bestritten werden: an scharfer Kritik, an entschiedenen Worten  
läßt es der Einführungsartikel der Sozialen Partei nicht  
fehlen.

Die letzten Zeilen des Artikels lauten:  
„Wir schließen diese einleitenden Worte mit dem Bunde,  
daß diese Unternehmung der Sozialen Partei erwiesen werde —  
nicht um vorer selbst willen, sondern wegen des Bieles: durch  
Schonung des Arbeiterstandes unter deutsches Volk und  
Unter Deutsches Reich zu höherer Macht, zu höherer  
Wohlfahrt zu edlerer Gestaltung, zum inneren Frieden  
zu führen.“

Wenn wir es für möglich halten würden, daß unter den  
Leuten von Bildung und Besitz“ genug Elemente wären,  
welche eine hier dargelegte Politik ernstlich und energisch in  
die Hand nehmen würden, dann wären wir diesen Versuch  
von Neuen, welche Minister wären, aber es nicht mehr  
werden wollen, eher als einen Lichtblick in unserer Zeit  
alter der vom Goethe als zerkleinerter Bourgeoisie ansehen,  
wir würden noch weniger Bedeutung den Angriffen auf die  
„politischen Maßbestrebungen und die ökonomischen Utopien  
der Sozialdemokratie“ legen. Heute fällt es wahrlich nicht  
in Gewicht, wenn nun auch die ungeladene Soziale Partei  
auf die „von jener Seite (der Sozialdemokratie) drohende  
Gefahr hinweist.“

Wir wissen, daß die Gruppe Verelsh-Kottenburg eine  
kleine Partei bleiben wird und bleiben muß, selbst wenn sie  
das in einer der letzten Nummern der Hilfe etwas ausdrück-  
lich angebotene Bündnis des nationalen „Sozialismus“ des  
Pastor Raumann nicht verweigert.

Die Parteien, welche der Utopie des sozialen Friedens im  
Zeitalter des sich von Tag zu Tag verschärfenden Klassen-  
kampfes nachjagen, müssen kleine, kurzlebige Parteien bleiben,  
so die Partei des „nationalen Sozialismus“ des Pastor  
Raumann wie die Partei der früheren kaiserlichen Sozial-  
reform der Verelsh-Kottenburg, wenn auch all das, was  
sie versprochen und was zum Teil im starken Widerspruch  
steht zu dem, was sie früher gesagt haben, von ihnen im  
vollsten Ernste gemeint sein sollte.

Heute giebt es in sozialen Fragen nur noch ein Hüben  
und ein Drüben! —

## Lagesgeschichte.

Die Ergebnisse des Heeres Ergänzungsgeschäfts  
für das Jahr 1896 sind folgende: Die Gesamtzahl der  
in den alphabetischen und Resanlisten geführten Militärs-  
pflichtigen betrug 1 575 448, darunter 702 288 20jährige,  
460 301 21jährige, 330 185 22jährige und 82 674 ältere.  
Von der Gesamtzahl wurden als unermittelt in den Resanlisten  
geführt 51 022, ohne Entschuldigungen ausgeblieben sind  
111 727, anderwärts geschäftspflichtig geworden 383 287,  
zurückgestellt 546 759, ausgeschloffen 1267, ausgemittelt  
38 191, dem Landturn überwiegen 104 950 der Ersatz-  
reserve überwiegen 82 610, der Marine-Ersatzreserve über-  
wiegen 910, ausgezogen 223 669, übermäßig geblieben 9823,  
freiwillig eingetreten in das Heer 20 507, in die Marine 726  
Von der Gesamtzahl der 223 669 Ausgezogenen sind ausge-  
hoben für das Heer zum Dienst mit der Waffe 214 541,  
zum Dienst ohne Waffe 4447; für die Marine 4681, und  
zwar aus der Landbevölkerung 2096 und aus der je-  
männlichen Bevölkerung 2585. Ferner sind vor Beginn des  
militärischen Alters freiwillig eingetreten in das Heer  
20 808, in die Marine 915. Wegen unerlaubter Aus-  
wanderung sind verurteilt aus der Landbevölkerung 24 497,  
aus der je männlichen und halbje männlichen Bevölkerung  
435; noch in Untersuchung befinden sich aus der Landbe-  
völkerung 14 544, aus der je männlichen und halbje männlichen  
Bevölkerung 240 Personen.

Freiwillige Zukunftsaufgaben. Die Hoff-  
nung erbringt sich in einem Zeitartikel den Kopf darüber,  
wie man es im „Zukunftsaufgaben“ anfangen werde, um dem  
Fünfteljahr einer freien See Raum zu gewähren. Es  
sind dann doch alle Arbeitsmittel verstaatlicht, auch die  
Druckerpresse; wer etwas gedruckt haben wollte, müßte es  
also dem Staat vorlegen, und dieser „Staat“ werde natür-

lich nur das drucken und veröffentlichen lassen, was ihm  
passt. Dadurch würde natürlich jede geistige Freiheit erlösch.  
Dann heißt es weiter:

„Geht, man stelle einige Druckerpresse auf, die jebermann  
zugänglich sind, wie das Wasser aus der Quelle, so müßten  
die Welt wohl alles drucken, was ihnen angedacht würde, und  
das wäre kaum minder schädlich, als wenn nichts gedruckt  
würde. Und wer sollte diese Pressen bedienen, wer ihnen die  
Blethen liefern? Der Staat hat ja jedem die Arbeit vorge-  
schrieben, die er zum allgemeinen Wohl zu liefern hat. Kurzum,  
es bleibt dabei, daß im sozialdemokratischen Staat nur gedruckt  
wird, was der Staat selbst drucken läßt.  
Wir müßten leider darauf verzichten, der besorgten Tante  
aus dieses schwierige Gebiet zu folgen. Wir Sozialdemo-  
kraten sind zwar dafür versöhnt, Lippen und Zungen für  
staats Propheeten zu sein; aber so kühn, wie die bürgerliche  
Zeitung sind wir doch nicht, die schon heute vorauszufragen  
weiß, wie die Menschen des Zukunftsaufgaben die Verwirkli-  
chung ihrer literarischen Erzeugnisse regeln werden.“

Wir haben auch leider nicht Zeit, über diese fächerlich sehr  
interessanten Probleme gründlich nachzudenken. Der „Zegen-  
wartsaat“ sorgt eben dafür, daß wir unsere ganze That-  
kraft für den praktischen Gegenwartspolitit widmen müssen. Wir  
beschränken uns deswegen schnell und recht darauf, auf die  
Verfälschung der Produktionsmittel in den Besitz der Ge-  
samtheit hinzuwirken, damit die Volkswirtschaft nicht mehr für  
eine wucherliche Kapitalistenklasse, sondern nur für sich selbst  
zu arbeiten braucht. — Wir hoffen jedoch, daß die Zukunfts-  
saat-Menschen sich dankbar der Böslichkeit Zeitung, Jahrgang  
1897, Nr. 470, erinnern und Einrichtungen treffen  
werden, ihre geistige Freiheit zu sichern. Wir hoffen dies  
um so bestimmter, als ja wohl der von der Hoff. Zeitung  
zu gestiftete „Staat“ der Zukunft eben aus der Volks-  
gemeinschaft bestehen und daß es keine über dieser schwebende  
transzendierende Macht geben wird. Wir denken, unter solchen  
Umständen werden die Zukunftsstaat-Menschen wohl ihre  
Einrichtungen zu treffen und auch treffen können, wie sie für  
sie am vorteilhaftesten ist.

Die kommunale Regelung des Beerdigungs-  
wesens in Mainz haben die Landtagsabgeordneten Ge-  
nosse Haas und Dr. David bei der heutigen Sitzung  
Kammer beantragt. Bis jetzt haben nur die katholischen  
Kirchenfabriken (so nennt man in talpöhlischen Gegenden die  
Kirchenverwaltung), die evangelischen Kirchengemeinden und  
die jüdischen Synagogengemeinden das Recht der Beerdig-  
ung; es giebt nur konfessionelle Friedhöfe, und im  
Beerdigungswesen haben nur die Priester mitzugehen. Da  
nun das Sterben, wie das Wohnen, das Freizeiten und  
das Kindererwerben weltliche Beschäftigungen sind, wird die  
Einrichtung kommunaler Beerdigungsanstalten und auch die  
Uebnahme der gesamten Ankosten der Beerdigung auf die  
Gemeindekasse nach Schweizer Muster angeht.

Ein Cyper des Militärismus. Der Reichsrat  
franz Dornieden aus Remscheid bei Hellgenstadt ist jetzt  
der letzte der bei Gerolstein verunglückten Mannschaften aus  
dem Garnisonlazarett in Trier entlassen worden. Der Be-  
dauerndere ist der rechte Fuß abgenommen und durch  
einen künstlichen ersetzt worden. Die dem Verunglückten zu-  
stehenden Entschädigungsansprüche sind endlich noch nicht  
festgestellt worden.

Das bekannte Münchener Urteil, welches auf  
Freiempfang des des großen Unlugs angelegten Reak-  
teurs E. Fuchs von Sidb. Wolfslund lautet, hat den  
Unwillen der Bismardpresse erregt. So schreibt z. B. die  
Staatsbürger-Zeitung:

„Das ein deutlicher Bismardhof aber in einem Erkenntnis von  
einer „bestimmten Sorte von Bismardverehrern“ von Aus-  
wärtigen des „Bismardkultus“, von „einem bis zur Geheim-  
losigkeit gesteigerten Bismardkultus“ spricht, ist sonderbar. Wir  
müßten erwarten zu erhören, nach dem Münchener Urteil unter  
Auswärtigen der Bismardverehrung vertritt und man ihm eine  
bis zur Geheimlosigkeit gesteigerte Bismardverehrung vor-  
genommen ist. Die Verwechslung Bismardkultus mit Bismard-  
verehrung haben wir von einem deutschen Gerichtshof bisher  
nicht erachtet. Das Münchener Urteil nennt die sozialdemo-  
kratischen Verkörperungen eine bestimmte Kritik eines bis zur  
Geheimlosigkeit gesteigerten Bismardkultus. Wie die „berech-  
tigte Kritik“ sich ausnimmt, ersehen wir aus dem Artikel, den  
der Bismard in seiner Gesamtsumme dem sozialdemo-  
kratischen Bismardkultus in Hamburg widmete. . . . Zielten  
Gute, denen das Münchener Urteil bestimmte Kritik eines bis  
zur Geheimlosigkeit gesteigerten Bismardkultus zuweist,  
nennen den Bismardkultus einen verbrecherischen Dämon.  
Es rühmen sich, diesen „verbrecherischen Dämon“ befeigt zu  
haben, und sie drohen, ihn zu befeigen, der in seine Pflichten  
zu treten sich unterfangen sollte. Wir möchten diese Worte  
jenen gleichwertig nicht mehr alten Staatsmännern ins  
Album inschreiben, die den Sturz des Fürsten Bismard zu ihrer  
Aufgabe machten. Reßlich an einer Entfernung zwischen dem  
Kaiser und seinem Kanzler arbeiteten und sich damit lediglich  
als Sandlanger der Sozialdemokratie erwiesen haben.  
Herr v. Böttlinger und andere abgetane Minister z. werden  
mit Interesse Kenntnis von der Vernehmung der Sand-  
langeramt nehmen. In derselben treffen sie auch den Sand-  
langer der nach bekanntem Ausdruck auch nur ein Sand-  
langer war.“

Zur Zentrum-Interpellation in der bairischen  
Kammer (Nr. 236) fragen wir noch die Begründung durch  
Dr. Schäbler nach: Schäbler fragte, ob es notwendig sei,  
daß die Wänderer in solchem Umfang wie neuer vorge-  
nommen werden. Er meinte, man könne den Zweck der  
Schulung für den Krieg auch auf anderem Wege erreichen.  
Er fürchte, das dekorative Element spiele eine zu große  
Rolle, man spreche nicht mit Unrecht von Brunk und über.  
Er wolle nicht näher darauf eingehen, daß seine bairischen  
Leibgenossen zur Stelle waren, daß bairische Truppen  
vom Kaiser gefertigt wurden, die doch nur im Kriege  
ihrem Befehle unterstellt sein sollten. Er müßte das be-  
rühren, weil man immer von „meinem“ Heer, „meiner“  
Marine, „meinem“ Parlament u. s. w. sprechen höre.  
Angesehen der großen Wasserflößen im Reiche und in  
Baiern hätte man so große Wänderer unterlassen sollten. Die

